

SOPOINFO rente

16

Wahlaussagen der Parteien zu rentenpolitischen Forderungen der IG Metall

Langer Weg zu guter Rente

Die IG Metall will das bestehende Rentenniveau verteidigen und ausbauen. Und sie will einen flexiblen Ausstieg statt Rente mit 67. Gerecht finanziert durch eine Erwerbstätigenversicherung. Dies erfordert einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Rentenniveau sichern und ausbauen:

Das Rentenniveau spiegelt das Verhältnis zwischen durchschnittlichen Löhnen und der sogenannten Standartrente (45 Versicherungsjahre, Durchschnittsverdienst) wider. Durch zahlreiche Veränderungen der Rentenformel droht vielen Menschen Altersarmut. Wer heute in Rente geht und eine Alterssicherung in Höhe von 1000 € erwarten kann, müsste unter sonst gleichen Rahmenbedingungen im Jahre 2030 mit einer Rente vorlieb nehmen, die einer Kaufkraft von heute rund 800 € entspricht. Die IG Metall lehnt die Senkung des Rentenniveaus ab. Sie will das heutige Niveau verteidigen und wieder auf den Stand des Jahres 2000 ausbauen. Eine solche Anhebung könnte beispielsweise durch die Streichung der Riestertreppe und des Nachhaltigkeitsfaktors in der Rentenformel bewirkt werden. Sie wäre zusammen mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (vgl. SOPOINFO 15) ein wesentlicher Schritt, um für den Großteil der Bevölkerung akzeptable Renten durchzusetzen.

Flexible Ausstiegsmöglichkeiten statt Rente mit 67:

Zudem lehnt die IG Metall die Rente mit 67 ab. Die Anhebung des Renteneintrittsalters muss für alle Rentenarten rückgängig gemacht werden. Stattdessen müssen die Menschen die Möglichkeit bekommen, auch vorzeitig zu akzeptablen Bedingungen in Ruhestand zu gehen. Daher will die IG Metall die Neuregelung der Altersteilzeit. Sie muss wieder aus Mitteln der Bundesagentur gefördert werden. Die Förderung könnte an die Wiederbesetzung der freiwerdenden Stellen durch Langzeitarbeitslose oder förderungsbedürftige Jugendliche geknüpft werden. Notwendig ist weiterhin die Möglichkeit, abschlagsfrei nach 40 Versicherungsjah-

Auswirkungen der IG Metall Vorschläge auf den Rentenbeitragssatz in 2030

Maßnahme	Kosten	Gegenfinanzierung
Abschaffung Rente 67	o,5 Beitragspunkte (BP)	
Neue Altersteilzeit	Keine Auswirkung auf Beitragssatz	Alternative Beitrags- satzgestaltung:
Erwerbsminderungsrente – Abschläge streichen – Zugang erleichtern	o,3 BP o,4 BP	schrittweise An- hebung in kleinen Schritten auf 22 BP
Rentenniveau erhalten	gut 2 BP	
Nach 40 VersJahren abschlagsfrei mit 60 Nach 45 VersJahren abschlagsfrei	Beide Optionen insgesamt 1 BP	Erwerbstätigenver- sicherung bis zu 1,7 BP Entlastung (vgl. Prognos)
Anhebung vom heutigen Niveau auf 2000er-Niveau	1 BP	Rentenversicherungs- beiträge für Alg II- Bezieher, bis zu 1 BP Entlastung

Wegen abnehmender Entlastungswirkungen der Gegenfinanzierung (Abschmelzen der Nachhaltigkeitsreserve, Entstehung zusätzlicher Ansprüche) kann nach 2030 ggf. eine moderate Anhebung des Beitragssatzes über 22 Prozent notwendig sein. Quelle: IG Metall Vorstand, FB Sozialpolitik

ren mit 60 sowie unabhängig vom Lebensalter nach 45 Versicherungsjahren ausscheiden zu können. Zudem muss die Erwerbsminderungsrente neu geregelt werden. Sie muss deutlich höher ausfallen, z. B. durch die Streichung von Abschlägen. Es muss aber auch der Zugang zur Erwerbsminderungsrente erleichtert werden.

Das meinen die Parteien:

Die heutige Regierungskoalition aus Union und FDP steht den rentenpolitischen Forderungen der IG Metall überwiegend ablehnend gegenüber. Bei der Union finden sich lediglich Anknüpfungspunkte hinsichtlich einer geplanten Besserstellung von Beziehern von Erwerbsminderungsrenten durch "spürbare Erhöhung der Rentenansprüche", wie es im "Regierungspro-



gramm" der Union heißt. Zudem will die Union Erziehungszeiten (Mütterrente) stärker berücksichtigen und Minirenten unter engen Voraussetzungen bis auf 850 € brutto aufstocken. Dies gilt aber nur für Personen, die 40 Jahre lang gesetzlich versichert sind und private Vorsorge betrieben haben.

In der FDP ist man nicht mal dazu bereit, diese minimalen Verbesserungen mitzutragen. Kleine Schnittmengen gibt es lediglich beim Konzept, Rente mit 60 zu ermöglichen. Hierbei sollen aber versicherungsmathematische Abschläge in vollem Umfang anfallen. Das wären nach derzeitigem Recht in der Zukunft über 25 Prozent. Damit ist der an sich sinnvolle Vorschlag zur Flexibilisierung des Altersausstieges vollständig entwertet. Größere Übereinstimmungen gibt es bei den Oppositionsparteien. Die Linke lehnt die Rente mit 67 ab und will diese ohne Wenn und Aber abschaffen. Und auch bei der SPD gibt es Bewegung. Sie steht zwar grundsätzlich zur Rente mit 67. Will diese aber aussetzen, solange weniger als 50 Prozent der 60 bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Das hie-Be für die nächste Legislaturperiode immerhin: Keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters. Anders allerdings die Grünen. So wie Union und FDP beharren auch sie auf der Rente mit 67.

Rente:

Was meinen die Parteien zu den wesentlichen Forderungen der IG Metall?

Eine Übersicht kann abgerufen werden:

ie IG Metall fordert	CDU/CSU		SPD	FDP	DIE LINKE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN In Sinne der Generationenen Pchilipkeit
a Windereinführung des	Schrittweise Einführung der Rente mit 67 bis 2029	8	Ausunturing der Rente mit 67, wenn wir- niger als 50 % der 60- bis 64-jabritem sonalwersicherungspflichtig beschäftet sind.	Die FDP letter eine Rückschlinze der ver- gangenen Recteusstrimen ab.	Die Rente erit ab 67 mass abgeschaft werden - ohne Wern und Aber.	bleibt der langsame Amzleig des Rentensintribultiers, mil 67 Jahre notwendig.
i _{le} Stabilisierung des Benten- iveaus und seine schrötzs ^{eine} inhebung.	Das Rentensiveau militar sinken, amanutes Easter- und Entrago- explosion.	8	We such das Rentensiveau in der Zu- kus ^e t entwickeln soll, bleibt unklaf	Die Reformen der Verganderheit, die auf die Senkung des Repferniverans ziehen, sind in Ordnung.	Das Renterol Vesa must salf SS St angelo- tion seeden. Her für müssten die Einzung fühlt zum gestrichen senden. Alle Abschläge auf Enwelbuninderungs-	Die Grünen wollen verbindern, dans des Rentennierau deutlich unfer des bestige Niveau sinkt. Zus Bemessune der Abschläre bei Er-
les erleichterten Zugang und ge Streichung der Abschäfge bei Inwerbeminderung.	Besserstellung von Beziehen vor werbuninderungswellen durch spi Erhöhung der Sprömamprüche	ibare	Alle Abuckings auf Erwerbuminderungs sonbes yöllen wegfallen, zusätzliche Eubbhangen durch mehr Zusschnuffliche zeiten und besurer Sewertunß	Das FDF-Koranyt sieht keine abschläg- freie ErwerbuminderungsWitte vox	rection sales weglation.	Abrogence wieder auf 47 Jahre Keine Abrogence wieder auf 47 Jahre Keine Anschäuge, ween Erweitsweisderung- reite allein ween ⁴⁷
		<u> </u>		8	Im aktuellen Rentenkonzept nicht	mediziolichel Diagnose.
die Neurogelung der Alter theiliseit.	Es arichnet sich keine gesonderbe Nauregelung der Abendelzeit ab.	മ	Taggetta oder serginichtum Regoliffic	taine granderie Sagilung der Alten- telizeit.	enaghet. In Debater Zustimmung offer Neurophing und Erleichterung der Altersteilung.	⊚
nin en abschlagsfreien Aussting nach 40 Versicherungsjahren ab dem 62. Lebensiah ⁵	Dieser Associeg wird in der Union befürworter.	1801 (30)	her.	Writcherungsjates sicht anschlägge- bend, ab 60 Rente mit Abschlägen möglich, des Willem 25,2 %.	Abschlagsbeier Zagang rach 40 Becungsphreen, inkl. gleichgestellber gelben, ab dem 60 Lebensphr.	Austing mit 60 sole enouglicht we- den, aber mit Abschlagen. Bei Brete mit 67 sind den 25,2 %.
einen abschlagsfreien Ausstleg nach 45 Versicherungsjahr ^{en} .	Dieser Ausstag eind in der Union befürwortet.	(S)	Absolute de Ausstegundigkokeit nach 45 Jahren, aber erst ab 63.	ab 60 Renie mit Abunsagen grund sätzlich möglich, gen wären 25,2%.	Abuduguteiar Zoping nach 40 Beitrag jahren, jak! gleichgestelber Zeiten, end jah dem 60. Lebensjahr.	· · · · · · · · · · · · · · · · · · ·
Cintabrung einer Erwerbetätiges- vorsicherung.	Die solche Wesicherung y ⁽ⁱ⁾ but Verlagerung der Kauten in die Zukunft.	8	Enter Schritt. Einbeziehung von Selbs ständigen	Enberiehung beruhutändsur ^{her} Vernorgungsweite, lebst die FDP-sb.	Rentemenskrijening einzahlen.	Schatzweite Weiterenhaldklang der geställchen Rente zu einer Bitzerhonensenlicherung.
eine schrötweise Beitragssatzas- hebung auf 22% und ggf. weitere Conshummen nach 2010.	ziel ist Beitragszenkung zur Ers ^b der Beitragszehler.	8	Erhähung auf 22 %, keine Angabe nuc 2030.	der FDP betärworter.		Geringeun Annechrung von privater und
eine armutaleute Rente durch die Wiedereinführung der Bente nuch Mindesteinkommen und die Beitrags abdührung für AUG II-Empfänger.	Authorising bis zu 850 € brutes 43 Jahren Werlicherung und priv Vorsorge, Berücksichtigung von Pflegezeiber, "Mütgertenbe-	der O	Aufwertung von Nodrigiblinen und ei Sobdamente von 850 € ab 30 Beitrag und 40 Versicherungsjahren.	tockerung der Zosenderstmöglichkei- ten im Alber und geringene Annechnund privater Vorsange, statt Verben- serung der gesatzlichen Senfe-	Mindenbeste in Niche von 1;550 € netto innerhalb dieser Legislan/periode, Beltis ge für Arbeitsinne und Verlängerung der Rente nach Mindenbelkommen.	
						gram, XII 1007 Perimen Brahlow Brisish Miller Gram
(i) Zurimmang	Zum Teit Zu ^{etimmung}	- (assessed ? mater	Qualitat CAQCIQ Reprint part of Banderia quasiforagamen, 2011, P securitati 2011, Programmillando		grans (2001) orderly: Lessing protocoe/Brothine Se Lete Mate

Hinsichtlich der Frage des Rentenniveaus gibt es innerhalb der Opposition ein unterschiedliches Herangehen. Während die Linke das Rentenniveau auf den Stand vor den Veränderungen durch die rot-grüne Koalition unter Gerhard Schröder anheben will, bleiben die Äußerungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unklar. Die SPD sagt, dass sie das Sicherungsniveau bis zum Jahr 2020 erhalten will. Aber es werden keine Maßnahmen benannt, die tatsächlich dazu führen würden, das Rentenniveau zu halten. Ähnlich verhalten sich auch die Grünen. Sie wollen zwar verhindern, dass das Rentenniveau deutlich weiter sinkt. Hier bleibt aber offen, was unter "deutlich" zu verstehen ist. Ebenso offen bleibt, mit welchen Maßnahmen das Ziel erreicht werden soll.

Größere Übereinstimmung mit der IG Metall besteht bei den Oppositionsparteien hinsichtlich der Umgestaltung der Erwerbsminderungsrente. Die gesamte Opposition will zumindest die Leistungshöhe verbessern.

Möglichkeiten vorzeitig auszuscheiden, werden in

Möglichkeiten vorzeitig auszuscheiden, werden in Teilen der Opposition gefordert: Wie die IG Metall fordert die Linke einen abschlagsfreien Ausstieg nach 40 Versicherungsjahren, die SPD will immerhin nach 45 Versicherungsjahren einen abschlagsfreien Ausstieg ab 63 ermöglichen. Die Grünen unterscheiden sich hinsichtlich des Ausstiegs hingegen nicht grundlegend von der FDP. Ein Ausstieg mit 60 soll möglich sein, aber nur mit horrenden Abschlägen.

Fazit:

Auch durch den Druck der IG Metall ist den Parteien Bewegung in die Alterssicherungsdebatte gekommen. In wichtigen Einzelfragen, z.B. einer deutlichen Erhöhung der Erwerbsminderungsrente, zeichnen sich gute Durchsetzungsmöglichkeiten ab. In Kernfragen, wie der Rente mit 67 und beim Rentenniveau ist es aber noch ein langer Weg, bis aus Bevölkerungsmehrheiten auch politische Parlamentsmehrheiten werden.

Daher ist es auch weiterhin das Anliegen der IG Metall, den öffentlichen und betrieblichen Druck hoch zu halten. Vor und nach der Bundestagswahl.



"Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel in der Rentenpolitik. Hierzu gehören flexible Ausstiege statt Rente mit 67 ebenso, wie die Verteidigung und Anhebung des Rentenniveaus."

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

Impressum:

Herausgeber: IG Metall Vorstand,

Funktionsbereich Sozialpolitik,

60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich: Hans-Jürgen Urban

Redaktion: Christoph Ehlscheid, Axel Gerntke,

Angelika Beier, Stefanie Janczyk

Gestaltung: Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

agnes.stoffels@igmetall.de. Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.

